



**Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino Américaine
Asamblea Parlamentaria Euro-Latin American
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana**



PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-LATEINAMERIKA

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Handel

28. September 2009

VORLÄUFIG

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

Die Reform der Welthandelsorganisation

EP-Ko-Berichterstatter/in:

LA-Ko-Berichterstatter/in: (Parlandino)

Die Reform der Welthandelsorganisation

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika,

- unter Hinweis auf ihre Erklärung vom 9. November 2006,
 - unter Hinweis auf ihre Entschlüsse vom 19. Dezember 2007 zu den aus der Globalisierung erwachsenden Herausforderungen und Chancen für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der EU und Lateinamerikas, vom 1. Mai 2008 zu den Herausforderungen und Chancen der Doha-Runde und vom 8. April 2009 zu Handel und Klimawandel,
 - unter Hinweis auf die Erklärungen zu den fünf Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas und der Karibischen Inseln sowie der Europäischen Union in Rio de Janeiro (28. und 29. Juni 1999), Madrid (17. und 18. Mai 2002), Guadalajara (28. und 29. Mai 2004), Wien (11.-13. Mai 2006) und Lima (16. und 17. Mai 2008),
 - unter Hinweis auf das Abkommen von Marrakesch zur Gründung der Welthandelsorganisation,
 - unter Hinweis auf die Erklärungen zur Ministerkonferenz der WTO, die am 14. November 2001 in Doha und am 18. Dezember 2005 in Hongkong angenommen wurden,
 - in Kenntnis des Berichts des Beirats unter dem Vorsitz von Peter Sutherland vom Januar 2005 über die Zukunft der WTO,
 - unter Hinweis auf Punkt 56 der Erklärung von Hongkong über die Maßnahmen, die notwendig sind, damit wichtige UN-Organisationen, einschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), umfassend an den WTO-Prozessen und den laufenden Verhandlungen beteiligt werden und Hilfestellung leisten,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Handel,
- A. in der Erwägung, dass die WTO eine der führenden multilateralen Organisationen ist, die maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der Regeln für die internationale Wirtschaft nehmen,
 - B. in der Erwägung, dass die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder beträchtliche Nachteile hätten, wenn die Doha-Runde ins Leere lief,
 - C. in der Erwägung, dass es ungeachtet der unmittelbaren Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieser Runde bereits jetzt notwendig ist, sich auf die Zeit nach Doha vorzubereiten,
 - D. in der Erwägung, dass im Jahr 2004 vom Beirat unter dem Vorsitz von Peter Sutherland bereits weit reichende Überlegungen über die Zukunft der WTO und die institutionellen Herausforderungen, vor denen diese Organisation steht, angestellt wurden; in der Erwägung, dass den Empfehlungen, die der Beirat dem Generaldirektor der WTO im Januar 2005 übermittelte, konkret leider nicht Folge geleistet wurde,
 - E. in der Erwägung, dass diese Debatte unbedingt wieder belebt werden muss und mehrere Aspekte der Arbeitsweise der WTO grundlegend überarbeitet werden müssen, um gleichzeitig die Effizienz und die Legitimation dieser Organisation zu erhöhen,
 - F. in der Erwägung, dass einige Entwicklungsländer nicht einmal eine Delegation in Genf haben, andere Delegationen über wenige Mitarbeiter verfügen und manchmal nicht die

- Möglichkeit haben, sich über die Beratungen und Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten, und daher keinen Einfluss auf die angenommenen Maßnahmen ausüben können,
- G. in der Erwägung, dass die institutionelle Debatte innerhalb der WTO über ihre Reform keinesfalls mit der weiteren Fortsetzung und mit dem eventuellen Abschluss der Doha-Runde unvereinbar ist,
1. misst der Erhaltung des Besitzstands des multilateralen Handelssystems große Bedeutung bei;
 2. vertritt die Auffassung, dass die WTO die geeignete Organisation ist, um die Sicherheit, Transparenz und Stabilität des internationalen Handels zu vertreten, und dass sie in Krisenzeiten eine stabilisierende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben und auch Impulse für das Wirtschaftswachstum geben kann;
 3. fordert die internationale Gemeinschaft auf, ihre 2001 begonnenen Bemühungen im Rahmen der Doha-Runde fortzusetzen, und unterstreicht ihre feste Entschlossenheit, auf einen Erfolg der Doha-Runde hinzuarbeiten;
 4. vertritt die Auffassung, dass eine starke WTO mit einem regelgestützten Welthandelssystem den Entwicklungsländern Möglichkeiten für die Beseitigung der Armut bietet; bedauert es, dass den Entwicklungsländern auf Grund beschränkter Ressourcen bei den Verhandlungen Nachteile entstehen;
 5. ist im Übrigen der Ansicht, dass es mehr denn je notwendig ist, mit Blick auf eine mögliche Reform der WTO die Überlegungen über den Entscheidungsprozess, das Mandat sowie die Arbeitsweise und die Zukunft dieser Organisation wieder aufzunehmen;
 6. fordert die Kommission und alle Länder Lateinamerikas und der Karibik auf, so bald wie möglich in Genf eine beherzte Initiative im Hinblick auf eine Neuauflage dieser Debatte vorzulegen;
 7. ist der Auffassung, dass die institutionelle Struktur der WTO verbessert werden könnte, indem die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Aushandlung neuer Regeln und neuer Verpflichtungen stärker von denen abgegrenzt werden, die mit der Umsetzung bestehender Abkommen verbunden sind;
 8. hält es weder für realistisch noch für wünschenswert, das Konsensprinzip im Entscheidungsprozess der WTO erneut in Frage zu stellen, zumal es die Gleichheit aller Mitglieder garantiert; ist jedoch der Ansicht, dass verschiedene Lösungen geprüft werden könnten, um in entscheidenden Momenten konstruktive Ergebnisse zu erzielen;
 9. verweist darauf, dass bei allen Reformen des multilateralen Handelssystems der gleichberechtigten und effektiven Beteiligung aller Mitglieder, besonders der am wenigsten entwickelten Länder, Rechnung getragen werden muss;
 10. hält es für ausschlaggebend, dass die Entwicklungsländer stärker an diesem Prozess beteiligt werden und dass technische Unterstützung bereitgestellt wird, und zwar dergestalt, dass sie sich im Verhandlungsprozess umfassend vertreten fühlen und in der Lage sind, ihre eigenen Handelsinteressen zum Ausdruck zu bringen und zu verteidigen, beispielsweise durch die Einführung eines Vertretungssystems, welches sich auf die Bildung von Koalitionen stützt;
 11. fordert die an der Debatte Beteiligten auf, sich die Frage zu stellen, ob die lang andauernden Verhandlungsrunden, die alle 153 WTO-Mitglieder dazu verpflichten, ein breites Themenspektrum im Rahmen eines „Gesamtpakets“ zu erörtern, nicht an ihre Grenzen stoßen; erkennt die historischen Verdienste dieses Ansatzes beim Aufbau und der

Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems sowie bei seiner schrittweisen Liberalisierung und in Bezug auf gegenseitige Verpflichtungen zum Vorteil für alle an; ist jedoch der Auffassung, dass in Zukunft andere Formeln, die flexibler und wirksamer sind, zur Anwendung kommen sollten;

12. plädiert dafür, die Rolle und die Form der Ministerkonferenz neu zu definieren;
13. schlägt vor, dem WTO-Sekretariat einen gewissen Handlungsspielraum zu lassen, damit es Initiativen im Interesse der Institution ergreifen und im Falle von Blockaden Kompromissformeln vorschlagen kann, ja sogar den Arbeiten bestimmter Organe vorstehen kann, um Kontinuität und Objektivität zu gewährleisten;
14. hält den Ausbau der finanziellen und personellen Mittel und Ressourcen des WTO-Sekretariats für notwendig; betrachtet es als wichtig, dass Beamte aus Industrieländern und Entwicklungsländern im Sekretariat proportional vertreten sind;
15. hält die Forderung der Gesellschaft, der Bürger und der Parlamente nach Transparenz bei der Ausarbeitung und Durchführung der handelspolitischen Maßnahmen für legitim; begrüßt die Fortschritte, die die WTO seit ihrer Gründung im Jahr 1995 im Bereich der externen Transparenz erzielt hat, sowie die Wirksamkeit ihrer Kommunikationspolitik;
16. erinnert daran, dass Parlamentariern als gewählten Vertretern der Bürger bei den Verhandlungen über den Handel, vor allem bei den WTO-Verhandlungen, eine wichtige Rolle zukommt; betont, dass es notwendig ist, eine Parlamentarische Versammlung der WTO mit beratenden Befugnissen zu schaffen;
17. hebt hervor, wie wichtig die Arbeit der gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Interparlamentarischen Union (IPU) veranstalteten parlamentarischen Konferenz über die WTO ist, in deren Rahmen: 1) die Tätigkeit der WTO überwacht wird und ihre Effizienz und Fairness verbessert werden, 2) die Transparenz der WTO-Verfahren gefördert und der Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft verbessert wird, 3) in den Parlamenten die Entwicklung von Kompetenzen im Bereich des Welthandels gefördert und Einfluss auf die Orientierung der Debatten in der WTO genommen wird; fordert die WTO-Mitglieder auf, ihren Parlamentariern ausreichende Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit sie an der Entwicklung einer parlamentarischen Dimension der WTO mitwirken können;
18. vertritt die Auffassung, dass die Kohärenz zwischen den handelsbezogenen Maßnahmen und Beschlüssen der WTO und denen anderer internationaler Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Internationale Arbeitsorganisation und andere Organisationen der Vereinten Nationen verbessert werden muss;
19. ist der Auffassung, dass der Streitbeilegungsmechanismus der WTO im Großen und Ganzen bis heute seine Aufgabe zufrieden stellend erfüllt hat, dass aber bestimmte Anpassungen notwendig wären, auch im Hinblick auf die Dauer der Verfahren und die tatsächliche Beschlussumsetzung;
20. spricht sich dafür aus, dass die im Rahmen des Streitbeilegungsverfahrens stattfindenden Sitzungen in der Sache mit den Parteien, Sondergruppen und dem Berufungsgremium fortan öffentlich abgehalten werden, wie es für Gerichtsverhandlungen üblich ist, und dass die Dokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, außer in wenigen, hinreichend begründeten Ausnahmefällen;

*

* *

21. beauftragt ihre Ko-Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Präsidium des 6. Gipfeltreffens EU-Lateinamerika und Karibik, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und aller Länder Lateinamerikas und der Karibik, dem Lateinamerikanischen Parlament, dem Zentralamerikanischen Parlament, dem Andenparlament und dem Parlament des Mercosur zu übermitteln.